

Antrag der Fraktion DIE LINKE**Ausbildungsplatzlücke durch transparente Ausbildungsstatistik sichtbar machen**

Es besteht politischer Konsens darüber, dass die von der Bundesagentur für Arbeit jährlich ausgewiesene Zahl der „Bewerberinnen/Bewerber für einen Ausbildungsplatz“ die tatsächliche Ausbildungsplatzlücke im Land Bremen nicht sichtbar macht. Denn jenseits der offiziell als „Bewerberinnen/Bewerber“ geführten Jugendlichen gibt es eine der Öffentlichkeit unbekannte Anzahl von Jugendlichen, die ebenfalls einen Ausbildungsplatz suchen, von der Agentur aber nicht als Bewerberinnen/Bewerber anerkannt werden – aus unterschiedlichen Gründen und in einem Entscheidungsprozess, der nicht transparent ist. Die Initiative von Bremer Schülerinnen und Schülern hat auf diesen Umstand beharrlich hingewiesen.

Die aktuellen Zahlen der „Bremer Vereinbarungen“ zeigen, dass das Problem erheblich ist. 2015 waren es 776 Jugendliche im Land Bremen, die nach der Schule weder in eine weitere schulische, noch in eine berufliche Ausbildung oder Ausbildungsvorbereitung übergangen, noch die Schule mit Abitur verlassen haben. 2016 waren es 801 Jugendliche. Dies ist keine Gruppe von Jugendlichen, über die nichts bekannt ist, sondern die Zahl derer, die tatsächlich nicht in Ausbildung oder ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen ankommen. Die Meldungen der Agentur für Arbeit, es gebe nur ca. 200 unversorgte Bewerberinnen/Bewerber für Ausbildung, steht dazu in einem deutlichen Widerspruch.

Um die tatsächliche Situation auf dem Ausbildungsmarkt sichtbar zu machen und entsprechende Initiativen ergreifen zu können, ist es nicht erforderlich, den Verbleib aller Jugendlichen individuell und personenbezogen zu erfassen. Dies wird ohnehin nur lückenhaft gelingen können, da solche Angaben immer freiwillig sind. Statistische Aussagen zum Verbleib sind aber auf jeden Fall möglich – wenn die beteiligten Institutionen zusammenarbeiten und ihre statistischen Daten offenlegen. Die Agentur für Arbeit ist daher gefordert, durch eine veränderte Statistik für Transparenz zu sorgen. Die Zahl der Ausbildungsplatzinteressierten muss ungeschönt veröffentlicht werden. Nur so kann man umfassende Informationen über die tatsächliche Ausbildungsplatzlücke in Bremen erhalten und wirksame Gegenmaßnahmen entwickeln. Ebenfalls wäre es wünschenswert, seitens der Handwerks- und der Handelskammer von den Betrieben zu erfahren, wie viele der Jugendlichen, die neue Ausbildungsverträge abgeschlossen haben, Abiturientinnen/Abiturienten sind. In der Zusammenschau der Daten ließe sich damit die Situation auf dem Ausbildungsmarkt im Land Bremen sehr viel klarer darstellen, als dies heute möglich ist.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich bei den Verhandlungen mit der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit dafür einzusetzen, dass künftig die Gesamtzahl der Jugendlichen ausgewiesen wird, die sich als Ausbildungsplatzinteressierte gemeldet haben;
2. parallel dazu Kontakt mit anderen Bundesländern aufzunehmen mit dem Ziel einer gemeinsamen Bundesratsinitiative mit diesem Inhalt;

3. sich in der Trägerversammlung der Jobcenter und im Rahmen der Jugendberufsagentur dafür einzusetzen, dass die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit künftig die Zahl der Jugendlichen ausweist, die sich als Ausbildungsplatzinteressierte gemeldet haben, ggf. unter Differenzierung danach, wie viele Jugendliche von der Agentur als „Bewerberinnen/Bewerber für einen Ausbildungsplatz“ geführt werden und wie viele als „noch nicht ausbildungsreife Interessentinnen/Interessenten für einen Ausbildungsplatz“;
4. sich im Rahmen der „Bremer Vereinbarungen“ dafür einzusetzen, dass seitens der Betriebe künftig statistisch erfasst wird, wie viele Jugendliche mit Abitur neue Ausbildungsverträge im Land Bremen abgeschlossen haben.

Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion
DIE LINKE